

20 Punkte Plan für den wirtschaftlichen Neustart nach Corona

1. Entlastung der Arbeitnehmer
 - a. Spitzensteuersatz derzeit ab 57.051 € → Unser Ziel: Spitzensteuersatz ab 80.000 €
2. Entlastung Unternehmenssteuer
 - a. Derzeit rund 30 % → unser Ziel: 25 % (OECD Schnitt). Dies führt zu einer Entlastung der Unternehmen → Deutschland wird im Standortwettbewerb wettbewerbsfähiger.
3. Bürokratieabbau
 - a. Neu ab 2023 Mehrwegangebotspflicht to go-Speisen für Restaurant
 - i. Stattdessen sollte bei Mehrwegcontainern bei den großen Versandhäusern angesetzt werden und in Restaurants sollte das Befüllen mitgebrachter Tupperware möglich sein, um Müll zu vermeiden.
 - b. Auflagen in der Landwirtschaft (Insektenschutzgesetz) und bei Neubauten
 - c. Statistik und Dokumentationspflichten in Unternehmen
4. Senkung der Stromsteuer und der EEG-Umlage (Entlastung der energieintensiven Industrie und privater Haushalte)
5. Lohnnebenkostenbefreiung für Neueinstellungen aus der Arbeitslosigkeit und von Absolventen für sechs Monate für KMU unter Auflagen (z.B. Mindestbeschäftigungszeit)
6. Zuverdienst bei Kurzarbeit ermöglichen/verbessern. Kurzarbeiter haben mehr Geld in der Tasche und die Steuereinnahmen steigen.
7. 80 % Regelung bei Arbeitslosen. Arbeitslose, die einen neuen Job mit geringerer Entlohnung als im letzten Job annehmen erhalten mindestens 80 % des letzten Nettolohnes.
Beispiel:
 - a. Alter Job: 2500 € Netto
 - b. Neuer Job: 1800 € Netto plus 200 vom Arbeitsamt = 2000 € = 80 % von 2500 €
8. Senkung der Regel-Privat-Insolvenzzeit auf 2 Jahre (Regel derzeit 6 Jahre) – Die Verkürzung auf 6 Monate soll ermöglicht werden, sofern eine hohe Rückzahlung an die Gläubiger möglich ist → Die betroffenen Unternehmer, die aufgrund der Corona-Krise insolvent wurden, sollen so schnell wie möglich wieder etwas unternehmen
9. Entschädigungen für Selbstständige, die nicht oder nur eingeschränkt arbeiten können, einschließlich der Möglichkeit des Hinzuverdienstes.
10. Großzügige Verlust Vor- und Rückträge für die Jahre 2020 und 2021 ermöglichen
11. Senkung der MwSt auf 7 % für Gastronomie, Kinos, Veranstaltungen, Friseure, Kosmetiker etc. – Differenzbesteuerung für den stationären Handel, der vom Lockdown betroffen war und KMU ist (ca. 13 Mrd. € Kosten ohne dynamische Effekte – sprich Kunden kaufen mehr, Inhaber von Geschäften steigern ihren Umsatz und ihren Gewinn)
12. Breitband und 5G Ausbau
13. Feuerwerk am 03.10.2021 erlauben, um die pyrotechnische Industrie (ca. 4000 Mitarbeiter und 122 Mio. € Umsatz in Deutschland) zu erhalten.
14. Sachsen-Anhalt an die großen Zentren (Berlin, WOB, Hannover und Leipzig) anschließen, um von den Wachstumszentren um uns herum zu profitieren.
15. Den Freihandel ausbauen (einschl. individueller Sanktionen im Rahmen eines globalen Umweltrechts)
16. Sozioökonomische Beratung durch die Kammern für Unternehmen in der Krise, vom Land und Bund finanziert
17. Die Start-Up Förderung ausbauen und fokussieren (auch durch das öffentliche Vergaberecht)
18. Ein drei-Türen Einwanderungsgesetz
19. Den flexiblen Renteneintritt ermöglichen
20. Kontrollierte Legalisierung von Cannabis (ca. 1 Mrd. € zus. Steuereinnahmen)

Senkung der Staatsausgaben zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen:

1. Abbau Subventionen z.B.
 - a. E-Autos und Plug-In-Hybride (850 Mio. €)
 - b. 0,5 %-Regelung bei E-Autos als Dienstwagen (145 Mio. €)
 - c. Baukindergeld (861 Mio. €)
 - d. CO2 Gebäudesanierungsprogramm durch CO2 Handel ersetzen (364 Mio. €)
 - e. Anreizprogramm Energieeffizienz durch CO2 Handel ersetzen (230 Mio. €)
2. Für die Reduzierung der CO2 Emissionen sollte ausschließlich auf den CO2-Handel gesetzt werden, der auf alle Sektoren ausgeweitet werden muss. Teure Einzelmaßnahmen, wie z.B. Entschädigungszahlungen für Betreiber von Braunkohleminen, können damit vermieden werden.
3. Einführung einer Digitalsteuer
4. Entnahme aus der Asyl- und Flüchtlingsrücklage (Mittlerweile in eine allgemeine Rücklage umgewandelt) zur Bekämpfung der ökonomischen Auswirkungen der Corona-Pandemie (48,2 Mrd. €)
5. Veräußerung Bundesbeteiligungen an Post, Bahn, Telekom etc. (2,3 Mrd. €)
6. Basis Rente als Gegenentwurf zur Respektrente der GoKo: 20 % Freibetrag

Beispielrechnung

- a. 15 Rentenpunkte:
 - i. Heute: 850 € → 396 € Grundsicherung plus 454 € Rente
 - ii. FDP-Modell: 946 € → 96 € mehr
- b. 25 Punkte → 25 Jahre zum Durchschnittslohn
 - i. Heute: 850 € → 50 € Grundsicherung plus 800 € Rente
 - ii. FDP-Modell: 1010 € → 160 € mehr
- c. Kein 35 Jahre cut-off – derjenige, der 35 Jahre gearbeitet hat erhält die Rente, derjenige, der 34 Jahre gearbeitet hat nicht.
- d. Das FDP-Modell kostet 400 Mio. € jährl. anstatt der geplanten 3,8-4,8 Mrd. € jährl. Kosten der Respektrente. <https://www.tarifometer24.com/altersvorsorge/kosten-finanzierung-grundrente-gesetzesentwurf/111843/#:~:text=Die%20Grundrente,%20von%20der%20rund%203%20Millionen%20Menschen,Rentenbeitrag%20haben.%20Der%20%C3%BCber%20die%20gesamte%20Arbeitszeit>